



REAKTIONEN

Mehr Geld für Brennpunktschulen

Ruf nach Mitteln für Schüler aus „bildungsfernen“ Elternhäusern.

Die rasche Einführung einer Studienplatzfinanzierung inklusive Zugangsregeln fordert Wissenschaftsminister **Harald Mahrer** angesichts der OECD-Studienergebnisse: „Wir haben Nachholbedarf beim niedrigen Anteil von Doktorratsabschlüssen und zu hohen Abbruchraten.“ Im Schulbereich müsse der Fokus stärker auf den Beginn der Bildungskarriere gelegt werden. Der grüne Bildungssprecher **Harald Walser** verweist auf das „Alarmsignal“ der geringen Zahl an „Bildungsaufsteigern“ und fordert zusätzliche Mittel für Investitionen in Brennpunktschulen. Ähnlich äußert sich Neos-Chef **Matthias Strolz**, der als Erstmaßnahme

einen „Chancen-Bonus“ von 400 Millionen Euro anregt. Die Mittelverteilung soll anhand des Bildungshintergrunds der Eltern an den Schulen bemessen werden. Derartiges schwebt auch AK-Chef **Rudi Kaske** vor, der jenen Schulen mehr Geld zukommen lassen möchte, an denen Eltern ihren Kindern nicht selbst beim Lernen helfen können. Zudem fordert die Arbeiterkammer den Ausbau der Kinderbetreuung und die Einführung eines zweiten Gratiskindergartenjahres. IV-Generalsekretär **Christoph Neumayer** schlägt eine neu gestaltete Bildungspflicht vor, die „ein verpflichtendes Erreichen von Grundbildung“ sicherstelle.

INTERVIEW

„Wir müssen früher fördern“

Bildungsforscherin Spiel: „Für das, was wir ins System stecken, ist der Ertrag nicht gut genug.“

Besonders in Österreich wird Bildung stark vererbt. Warum ist das so?

CHRISTIANE SPIEL: Einerseits liegt das an den vielen Schnittstellen im Bildungssystem. Nach der Volksschule muss ja schon gewählt werden, in welchen Schultyp man wechselt. Gebildetere Eltern geben ihre Kinder viel häufiger ins Gymnasium. Andererseits sitzen in den Schulen in der Stadt im Schnitt mehr Kinder in einer Klasse als in jenen am Land. Besonders in Wien sind darunter auch viele mit Migrationshintergrund. Die Zahl der Schüler und die Zusammensetzung der Klasse können es weiter erschweren, den Bildungsaufstieg zu schaffen.

Was müssen wir tun, damit sich das ändert?

Die totale Bildungsgerechtigkeit werden wir nicht erreichen. Aber der Staat muss versuchen, allen die gleichen Chancen zu geben. Etwa, in dem das Geld nicht mehr nach dem Gießkannenprinzip verteilt wird. Schulen gehören mehr gefördert, in denen es viele Kinder mit Migrationshintergrund und einem niedrigen Bildungshintergrund gibt. Diese Schulen sollten auch autonom entscheiden können, wofür das Geld verwendet wird. Es müsste aber auch schon früher angesetzt werden. Im Elementarbereich sind wir nicht gut aufgestellt.

Viele Politiker betonen ja immer, wie wichtig die Kindergartenzeit für die Bildung ist.

Doch dieser Bereich wird vernachlässigt. Es wurde verabsäumt, die Ausbildung der Elementarpädagoginnen zu akademisieren. Der Beruf ist nicht gut bezahlt und gilt auch deshalb nicht als attraktiv. Dabei zeigen alle Studien, wie entscheidend diese frühe Phase für die Bildung der Kinder ist.

Die OECD-Studie stellt Österreich dennoch im Allgemeinen ein recht gutes Zeugnis aus. Jammern wir nicht auf hohem Niveau?

Für das, was wir in das System stecken, ist der Ertrag nicht gut genug. Wir dürfen uns nie zufriedengeben, sondern müssen ständig überlegen, wie wir unsere Kinder für diese sich ständig verändernde Welt rüsten können.

Thomas Macher



Christiane Spiel
lehrt an der Uni
Wien

KK/PRIVAT